



*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,*

die letzte ordentliche Sitzungswoche dieser Legislaturperiode ist zu Ende. Ein eigenartiges Gefühl, denn es ist eine Woche des Abschieds von vielen Kolleginnen und Kollegen. Gleichzeitig blicke ich aber auch auf vier intensive Jahre zurück, für die es sich gelohnt hat zu arbeiten. Denn wir konnten Millionen Jobs sichern und die Wirtschaft stabilisieren – mit dem krisenerprobten Kurzarbeitergeld, mit milliarden-schweren Hilfspaketen für Unternehmen und einem Konjunkturprogramm auf Rekordniveau. Wir haben mit einem Klimaschutzprogramm die Tür zur klimaneutralen Gesellschaft weit geöffnet, die Grundrente eingeführt, für höhere Löhne in den Pflegeberufen gesorgt und vor allem die unteren und mittleren Einkommen entlastet, indem wir etwa den Soli für 90 Prozent der Beschäftigten abgeschafft haben. Zudem haben wir die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gestärkt, schlechte Arbeitsverhältnisse verboten und den Familien unter die Arme gegriffen. Bei all dem ging es uns immer um den Respekt vor jeder und jedem Einzelnen.

Das alles haben wir geschafft – oft gegen den erbitterten Widerstand von CDU/CSU. Deshalb kann ich jetzt mit einem guten Gewissen vor meine Wählerinnen und Wähler treten und sagen: Wir haben viel für euch erreicht und deshalb macht es schon einen Unterschied, wer in einer Regierung ist.

Bessere Löhne in der Pflege und Entlastung für Pflegebedürftige

Pflegekräfte brauchen eine bessere Bezahlung – das ist nicht erst seit der Corona-Krise klar. Bedauerlicherweise hat die Caritas den Vorstoß unseres Arbeitsministers Hubertus Heil für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag dennoch blockiert. Deswegen gehen wir jetzt einen anderen Weg: Ab September 2022 sind Seniorenwohnrichtungen und Pflegedienste in Deutschland nur dann zugelassen, wenn sie ihre Angestellten nach Tarif bezahlen. Damit sagen wir Dumpinglöhnen in der Pflege den Kampf an! Eine halbe Millionen Pflegekräfte, die bisher nicht nach Tarif bezahlt werden, profitieren – mit bis zu 300 Euro mehr im Monat.

Werden alle Pflegekräfte künftig nach Tarif bezahlt, steigt der Finanzbedarf. Die Kosten dürfen aber nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen und ihrer Familien gehen. Deshalb wird der Beitragssatz zur Pflegeversicherung für Kinderlose um 0,1 Prozentpunkte erhöht. Zudem beteiligt sich der Bund mit jährlich einer Milliarde Euro an den Kosten.

Zusätzlich entlasten wir Pflegebedürftige bei ihrem Eigenanteil. Die Zuschläge fallen umso höher aus, je länger man sich in einer Einrichtung aufhält: Fünf Prozent im ersten Jahr; nach einem Jahr 25 %; nach zwei Jahren 45 % und nach drei Jahren 70 %. Bei einem durchschnittlichen Eigenanteil sind dies ca. 638 Euro Entlastung im Monat.

Lieferkettengesetz: Gerechte Arbeitsbedingungen weltweit

Gerechte Arbeitsbedingungen – das ist schon immer ein Kernthema der SPD. Der Einsatz dafür darf nicht an nationalen Grenzen halt machen. Deswegen haben wir uns mit Erfolg für ein wirksames Lieferkettengesetz stark gemacht.

In Zukunft müssen große in Deutschland ansässige Unternehmen prüfen, ob entlang ihrer Lieferkette gegen Menschenrechte verstoßen wird. Ist das der Fall, müssen sie wirksame Schritte dagegen unternehmen. Diese Regelung gilt ab 2023 für Betriebe mit mehr als 3.000 Beschäftigten, Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten folgen dann ab 2024. Wer dagegen verstößt, muss mit hohen Bußgeldern rechnen. Außerdem können sich Betroffene in Zukunft von einer Nichtregierungsorganisation oder Gewerkschaft vor deutschen Gerichten vertreten lassen.

Als SPD-Fraktion haben wir deutlich nachgeschärft und uns gegen die Union, die versucht hat, das Gesetz weichzuspülen, durchgesetzt. Wir haben unter anderem erreicht, dass das Gesetz auch für ausländische Unternehmen mit Sitz in Deutschland gilt. Mit einem der effektivsten Lieferkettengesetze in Europa ist uns ein historischer Schritt gegen weltweite Ausbeutung gelungen!

Mehr Frauen in Führungspositionen

Erfolg in Sachen Gleichstellung: In den Vorständen börsennotierter und paritätisch mitbestimmter Unternehmen mit mehr als 2.000 Beschäftigten muss künftig mindestens eine Frau vertreten sein. Das gilt für Vorstände, die mindestens aus drei Personen bestehen. Diese Regelung betrifft etwa 70 der größten Unternehmen Deutschlands. In 30 dieser Unternehmen ist aktuell keine Frau im Vorstand vertreten. Das wird sich nun ändern!

Alle anderen Unternehmen müssen in Zukunft begründen, wenn sie keine Zielgröße für einen Frauenanteil angeben – einfach zu sagen, „wir wollen keine Frau im Vorstand“ ist dann nicht mehr möglich. Die Quote wird auf diese Weise eine Signalwirkung auf alle Unternehmen in Deutschland haben und die Chancen von Frauen auf allen Ebenen verbessern.

Recht auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen

Seit langem fordern wir einen Ausbau der Ganztagsbetreuung und kämpfen für einen Rechtsanspruch. Nun waren wir fast am Ziel! Wir hatten im Bundestag beschlossen, dass ab 2026 zunächst alle Kinder der ersten Klasse einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz haben sollen. Dieser Anspruch würde sich jedes Jahr um eine Klassenstufe erhöhen, sodass dann 2029 ein Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung für alle Kinder der Klassen 1 bis 4 bestehen würde.

Leider hat der Bundesrat das Gesetz auf den letzten Metern vorerst gestoppt und den Vermittlungsausschuss angerufen. Die Länder fordern, dass der Bund sich in größerem Umfang an der Finanzierung beteiligen soll, obwohl er bereits 3,5 Milliarden Euro pro Jahr zugesagt hat. In den nun anstehenden Verhandlungen werden wir uns für eine schnelle Lösung einsetzen, damit Eltern und Kinder künftig vom Rechtsanspruch profitieren können!

Reform des Bundespolizeigesetzes und Verfassungsschutzgesetzes

Rechtsextremismus und Terrorismus stellen eine große Bedrohung für unsere Demokratie dar. Das haben zuletzt die Anschläge in Hanau und Halle sowie der Mord an Walter Lübcke gezeigt. Um diese Gefahr besser bekämpfen zu können, bekommen die Nachrichtendienste mehr Befugnisse für die sogenannte Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ). Die Quellen-TKÜ funktioniert wie die klassische analoge Telefonüberwachung, doch mit diesem Instrument können auch verschlüsselte Nachrichten in Messenger-Diensten abgefangen und mitgelesen werden. Eine Durchsuchung des Speichers ist aber nicht möglich.

Viele Straftaten werden heute über Messenger-Dienste geplant. Deswegen reicht die klassische Telefonüberwachung nicht mehr aus. Bundespolizei und Nachrichtendienste müssen bei schwerem Tatverdacht auch online Nachrichten mitlesen können. Bei der Bundespolizei ist die Quellen-TKÜ dabei auf Menschenhandel und Schleuserkriminalität beschränkt.

Als SPD-Fraktion war uns sehr wichtig, dass die Behörden nicht auf gespeicherte Medien zugreifen können. Wir denken Bürgerrechte und den Schutz vor Bedrohung immer zusammen. Deswegen haben wir uns in den Verhandlungen dafür stark gemacht, dass die Kontrolle der TKÜ-Maßnahmen erweitert und verbessert wird. So werden Bundespolizei und Verfassungsschutz die Quellen-TKÜ nur nach einem richterlichen Beschluss bzw. einer Genehmigung durch die G10-Kommission anwenden dürfen. Dies ist ein Gremium, das vom Bundestag berufen wird und über nachrichtendienstliche Maßnahmen entscheidet.

Lebensraum der Insekten schützen und Artenvielfalt erhalten

Eines der zentralen naturschutzpolitischen Vorhaben dieser Legislaturperiode wird nach langen Verhandlungen und Reibereien mit unserem Koalitionspartner endlich verabschiedet: Das Insektenschutzgesetz. Bereits 2019 hat die Bundesregierung das Aktionsprogramm Insektenschutz ins Leben gerufen, denn Insekten sind ein wichtiger Bestandteil der biologischen Vielfalt und spielen in Ökosystemen eine wichtige Rolle! Mit der Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes sollen die Lebensräume der Insekten nun noch besser geschützt, die Strukturvielfalt gefördert und Schutzgebiete gestärkt werden. Dies tun wir, indem wir die Liste gesetzlich geschützter Biotopere erweitern und den Einsatz von Bioziden, also Stoffen zur Insektentötung, in diesen Gebieten einschränken.

Lichtverschmutzung ist ein weiteres zentrales Problem, da künstliches Licht negative Auswirkungen auf Insekten und die Bestäubung von Pflanzen haben kann. Deshalb wird es künftig möglich sein, Verordnungen zur Verringerung der Lichtverschmutzung zu erlassen, um die Lebensbedingungen der Insekten zu schützen.

Internationaler Durchbruch für mehr Steuergerechtigkeit

Viele große Konzerne wie Google, Amazon oder Apple drücken sich um ihre Pflicht, Steuern zu zahlen, indem sie ihre Gewinne in Niedrigsteuer-Länder verschieben. In den Ländern, wo sie produzieren und verkaufen, zahlen sie hingegen kaum Steuern. Kaum zu glauben, aber wahr: Sie zahlen oft deutlich weniger Steuern als das kleine Einzelhandelsgeschäft von nebenan! Dadurch gehen dem deutschen Staat bis zu 30 Milliarden Euro pro Jahr verloren – Geld, das wir dringend für Zukunftsinvestitionen brauchen.

Unser Finanzminister und Kanzlerkandidat Olaf Scholz hat seit Jahren für eine globale Mindestbesteuerung gekämpft. Jetzt hatte er Erfolg: Die 7 größten Industriestaaten der Welt (G7) haben sich auf eine Neuordnung der Besteuerung internationaler Konzerne geeinigt. Künftig gibt es eine globale Mindeststeuer in Höhe von 15 %, die alle Unternehmen zahlen müssen. Darüber hinaus werden die Steuern gerechter verteilt: Apple, Google und Co. müssen in Zukunft auch dort Steuern zahlen, wo sie ihre Waren verkaufen – z. B. bei uns in Deutschland. So werden große Konzerne endlich ihren Beitrag leisten!

Verpflichtende Mietspiegel für größere Städte

Bezahlbares Wohnen ist eines unserer Kernthemen dieser Legislaturperiode und wird auch in den kommenden Jahren eine große Rolle spielen. Eine weitere Reform konnten wir nun erfolgreich in der letzten Sitzungswoche durchsetzen: Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern müssen zukünftig einen Mietspiegel erstellen. Außerdem legen wir fest, nach welchen Vorgaben Mietspiegel erstellt werden müssen. Mietspiegel erleichtern die Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmieten. So kann in Gebieten mit Mietpreisbremse mittels des Mietspiegels die zulässige Miete ermittelt werden. Außerdem können Mieter mit dem Mietspiegel gegen überzogene Mieterhöhungen vorgehen. Wir schaffen somit Rechtssicherheit sowohl für Mieterinnen und Mieter als auch für Vermieterinnen und Vermieter.

Die nächste Bundestagswahl steht vor der Tür und wie immer werde ich vorher noch viel vor Ort unterwegs sein. Das ist unser großes Plus: Wir kümmern uns nicht nur vor der Wahl, sondern die ganze Zeit. Mir begegnet das gerade öfter bei den Haustürbesuchen, dass die Menschen sagen: „Wir kennen uns doch, wir waren bei Ihnen in Berlin, Sie waren bei uns in der Gartenanlage oder in der AWO.“

Das freut mich sehr, denn ich liebe die Begegnungen mit den Menschen. Egal woher sie kommen, welchen Beruf sie haben, wie alt oder jung sie sind! Auch das Schreiben der Info-Post hat mir immer viel Spaß gemacht, denn es war mir wichtig, euch mitzunehmen. Manchmal hat auch mal einer zurückgeschrieben oder mir zugerufen, dass die Info-Post gefällt. Danke dafür! Ich hoffe, dass wir uns vor Ort wieder sehen und natürlich, dass ich euch auch aus der nächsten Legislaturperiode wieder auf diesem Weg berichten kann.

Bleibt gesund und bis bald!

Eure

Sabine